

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Mittwoch, 26. Juni 1985

Blatt 1552

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Wiener Landtag
(rosa) Wiener Gemeinderat - Rechnungsabschlußdebatte
Klaus Henning wurde Professor
Neues Leichen- und Bestattungsgesetz
"Gersthofer Platzl" vorzeitig fertiggestellt
Hatzl: HBW-Rohre sind völlig sicher

Lokal: Drogenszene: Nach Kokainwelle kommen Tabletten
(orange)

Kultur: "Feuertürme-Brandstätten" auf der Donauinsel
(gelb)

Drogenszene: Nach Kokainwelle kommen Tabletten

Utl.: Stacher: Wien erhält "Drogen-Frühwarnsystem"

1 Wien, 26.6. (RK-LOKAL) Nach der internationalen Kokainwelle, die vor allem in den USA beängstigende Ausmaße angenommen hat, wird schon die nächste Welle sichtbar: Tabletten. Medikamente, allein oder im rauscherzeugenden Gemisch mit Alkohol genommen, werden das Drogenproblem Nr. 1 der nächsten Jahre sein. Dies berichtete der Leiter des bundesdeutschen "Drogen-Frühwarndienstes", Professor Dr. W. KEUP bei einer Arbeitstagung von Drogenfachleuten in Wien, die im Auftrag von Gesundheitsstadtrat Stacher stattfand.

Die jeweils "in Mode" stehenden Drogen wechseln immer rascher, weshalb es für die Experten immer schwieriger wird, sich rechtzeitig auf neue Suchtmittel einzustellen. Auch die Suchtgefahr bei neuen Medikamenten wird oft falsch eingeschätzt.

Deshalb wurde in der BRD versucht, ein "Frühwarnsystem" aufzubauen. Nach entsprechenden Vorarbeiten wird nun in Zusammenarbeit mit den deutschen Stellen ein Frühwarnsystem für Wien aufgebaut und auch an die Informationen, die jeweils bereits im Ausland vorliegen, angeschlossen, gab Prof. STACHER bekannt: "Wir dürfen nicht tatenlos auf die jeweils nächste, internationale Drogenwelle warten, sondern müssen vorbereitet sein", meinte Stacher. (Schluß) red/rr

NNNN

Klaus Henning wurde Professor

2 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) Klaus HENNING, der Pressereferent des Wiener Zuwandererfonds, wurde Professor. Im Rahmen einer kleinen Feier überreichte Wissenschaftsminister Dr. Heinz FISCHER das Verleihungsdekret. Prof. Henning wurde 1935 in Graz geboren, er war von 1968 bis 1974 im Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien tätig. Seit 1974 ist er beim Wiener Zuwandererfonds, wo er, neben den Presseagenden, auch maßgeblich am Aufbau der Abteilung inländische Zuwanderung beteiligt war. (Schluß) sei/bs

NNNN

Neues Leichen- und Bestattungsgesetz

3 #Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) In den Magistratischen Bezirksämtern liegt gegenwärtig bis 2. August 1985 der Entwurf für ein neues Wiener Leichen- und Bestattungsgesetz auf. Zu den wesentlichsten Schwerpunkten des Gesetzesentwurfes zählen die Anpassungen an neue Richtlinien der Weltgesundheitsorganisation bezüglich Tot- und Fehlgeburten, die Angleichung an Bestimmungen des Datenschutzgesetzes, die Erleichterung für kleinere Friedhöfe hinsichtlich der Ausstattung und neue Richtlinien für die Feuerbestattung.#

Der Entwurf liegt jeweils Montag bis Mittwoch und Freitag von 8 bis 15.30 Uhr, sowie Donnerstag von 8 bis 17.30 Uhr in den Magistratischen Bezirksämtern auf. (Schluß) zi/rr

NNNN

"Gersthofer Platzl" vorzeitig fertiggestellt

Utl.: Rautner: Vorteile für alle Verkehrsteilnehmer

4 #Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) Fast ein halbes Jahr früher als geplant wird nun der Umbau des "Gersthofer Platzls" im 18. Bezirk abgeschlossen. Ab Donnerstag mittag ist die Gersthofer Straße wieder in beiden Richtungen befahrbar. Die Umleitungen in diesem Bereich können aufgehoben werden. Wie Bautenstadtrat Roman RAUTNER gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ" betonte, bringt der Umbau dieses neuralgischen Verkehrsknotens nun für alle Verkehrsteilnehmer Vorteile: für die Fußgänger, für den öffentlichen Verkehr und für den Individualverkehr.#

- Die Umsteigemöglichkeiten für den öffentlichen Verkehr wurden wesentlich verbessert und auch schon auf den künftigen Schnellbahnbetrieb auf der Vorortelinie abgestimmt. Von der Schnellbahnstation wird man dann sowohl in die Gersthofer Straße wie auch in die Simonygasse gelangen können.
- Der öffentliche Verkehr kann beschleunigt werden.
- Es gibt mehr Sicherheit für die Fußgänger durch ampelgeregelte Schutzwege und Haltestelleninseln.
- Auch die Sicherheit des Individualverkehrs wird durch moderne Verkehrslichtsignalanlagen auf den Kreuzungen der Gersthofer Straße mit der Gentsgasse und der Währinger Straße sowie auf der Kreuzung Simonygasse - Währinger Straße erhöht.

Im Bereich "Gersthofer Platzl" hat die Gersthofer Straße in der Richtung vom 18. in den 17. Bezirk nun einen durchgehenden Fahrstreifen und zwei Linksabbiegespuren in die Währinger Straße. In der Gegenrichtung gibt es zwei durchgehende Fahrstreifen sowie eine Rechtsabbiegespur in die Währinger Straße und eine Linksabbiegespur in die Herbeckstraße.

Die Kosten für den Umbau des "Gersthofer Platzls" werden rund 30 Millionen Schilling betragen. Kleinere Restarbeiten sind noch zu erledigen. Außerdem erhält die Währinger Straße zwischen der Simonygasse und der Lacknergasse im Juli einen schalldämmenden Asphaltbelag. Auch in der Schöffelgasse soll das Kleinsteinpflaster durch einen "leiseren" Fahrbahnbelag ersetzt werden. (Schluß) sc/gg

"Feuertürme-Brandstätten" auf der Donauinsel

8 Wien, 26.6. (RK-KULTUR) Im Rahmen des Projektes "Der Wald - ein Zyklus" wird am kommenden Samstag um 21 Uhr auf der Donauinsel, zwischen Reichsbrücke und Brigittenauer Brücke, das Bild "Pyramide" aus der Aktionsreihe "Feuertürme-Brandstätten" realisiert. Die Aktion, die schon am vergangenen Sonntag, gemeinsam mit der Übergabe des "Hanging tree" hätte stattfinden sollen, war wegen Schlechtwetter verschoben worden.

Der Gestalter des Projektes "Der Wald - ein Zyklus", Herman PRIGANN, will mit dieser Aktion die Bedeutung von Wald und Holz in Zusammenhang mit der menschlichen Zivilisation verdeutlichen, dem Feuer als Element der Veränderung nachgehen. (Schluß) gab/bs

NNNN

Wiener Landtag (1)

Utl.: Änderung der Dienstordnung 1966

5 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) StR. Friederike SEIDL (SPö) beantragte eine Änderung der Dienstordnung 1966. Danach besteht nun auch für Beamte die Möglichkeit zur Herabsetzung der Arbeitszeit aus sozialen Gründen wie zur Pflege von Angehörigen und Kleinkindern. Weiters beinhaltet die Novelle auch die Zuerkennung einer Dienstzulage für Sozialarbeiter und die Möglichkeit der Pragmatisierung für Bedienstete der Stadt Wien, die nach dem 40. Lebensjahr in den Dienst der Stadt getreten sind.

LABg. Ing. ENGELMAYER (öVP) forderte eine Neufassung der Regelungen für Nebenbeschäftigungen von Beamten und des Disziplinarrechtes. Zur Möglichkeit der Teilzeitbeschäftigung für Beamte unter bestimmten Umständen sagte Engelmayer, daß damit eine alte Forderung der öVP erfüllt werde. Allerdings sei die derzeitige Fassung noch zu restriktiv. Er stellte in diesem Sinn einen BESCHLUSSANTRAG auf eine flexiblere Gestaltung der Teilzeitarbeit mit der Möglichkeit einer längeren Inanspruchnahme als die vorgesehenen vier Jahre und die Ausdehnung auch auf kulturelle Gründe und zur Fortbildung.

LABg. Elisabeth SCHINDLER (SPö) bezeichnete die Gesetzesnovelle als wesentliche Verbesserung. Mit der Regelung werde auch dem partnerschaftlichen Gedanken Rechnung getragen, da sie gleiche Möglichkeiten für Mann und Frau eröffnet. Die SPö habe sich schon lange mit dieser Novelle beschäftigt und sie nun eingebracht, obwohl die Teilzeitarbeit im Bereich der Ver- und Entsorgung sicherlich nicht unproblematisch sei.

In ihrem Schlußwort kündigte StR. SEIDL Novellierungen der Regelung der Nebenbeschäftigung für Bedienstete der Stadt Wien und des Disziplinarrechtes an. Seidl verwies darauf, daß es in der Privatwirtschaft noch keine Regelung der Teilzeitbeschäftigung adäquat der von ihr eingebrachten Novelle gebe.

ABSTIMMUNG: Die Novelle wurde einstimmig angenommen, der Antrag der öVP wurde einstimmig dem Personalausschuß zugewiesen. (Forts.)
gab/bs

Wiener Landtag (2)

Utl.: Einrichtung eines Wohnbauförderungsbeirates

6 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Ing. HOFMANN (SPö)

beantragte die Einrichtung eines Wohnbauförderungsbeirates. Der Beirat selbst sei nicht neu, müsse jedoch wegen der Novelle zum Wohnbauförderungsgesetz neu geschaffen werden. Er appellierte an die Fraktionen, ihr Vorschlagsrecht so auszuüben, daß möglichst viele interessierte Institutionen in diesen Beirat einbezogen werden.

LABg. Dr. HIRNSCHALL (FPö) verwies darauf, daß es für diesen Beirat keine Unvereinbarkeitsbestimmungen gebe und verlangte in einem ZUSATZANTRAG Bestimmungen, wonach ein Funktionär oder Angestellter eines Wohnbauträgers nicht gleichzeitig Mitglied des Wohnbauförderungsbeirates sein dürfe. (Dieser Antrag fand nicht die notwendige Unterstützung und wurde daher nicht weiter behandelt.)

LABg. LUSTIG (SPö) meinte, es sei notwendig, daß in diesem Beirat Fachleute und Politiker zusammenarbeiten. Die Verantwortung müsse schließlich von den Politikern getragen werden. Lustig zog Bilanz über die Tätigkeit des bisherigen, im Dezember 1967 konstituierten Beirates, der seither für ein Drittel des Wiener Wohnungsbestandes die notwendigen Neubau- beziehungsweise kostengünstige Verbesserungsmittel zur Genehmigung empfohlen hat.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen von SPö und ÖVP angenommen.

(Forts.) and/rr

NNNN

Wiener Landtag (3)

Utl.: Änderung des Bezügegesetzes

7 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) StR. Friederike SEIDL beantragte eine Änderung des Bezügegesetzes.

LABg. Dr. HIRNSCHALL (FPö) bezeichnete die Erhöhung der Politikergehälter als Revision des Privilegienabbaus, der 1983 auf Bundes- und Landesebene beschlossen wurde. Durch die nunmehrige Änderung des Bezügegesetzes sei zu befürchten, daß die durch den Privilegienabbau erzielte Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung wieder verloren geht.

Wiener Mandatäre haben durch ihre Tätigkeit als Gemeinde- und Landespolitiker eine Doppelfunktion zu erfüllen, erklärte LABg. Dr. GOLLER (ÖVP). In Wien wurden die Politikerprivilegien schon vor langer Zeit abgebaut. Es gibt auch keine gesonderten Bezüge wie Sitzungsgelder oder Einkommen aus Aufsichtsratstätigkeiten. Durch die Änderung des Bezügegesetzes wird deshalb keinesfalls dem Privilegienabbau entgegengearbeitet. Mit der Erhöhung der Politikerbezüge soll lediglich eine leistungsgemäße Bezahlung erreicht werden.

Mit dem Privilegienabbau wurden historisch gewachsene Politikervorrechte, die nicht mehr zeitgemäß waren, abgeschafft, erklärte LABg. EDLINGER (SPö). Diesbezügliche Beschlüsse aus dem Jahr 1983 hatten auch für Wiener Mandatäre empfindliche Einkommensminderungen mit sich gebracht. Durch die volle Besteuerung der Politikergehälter haben beispielsweise Abgeordnete 6.000 Schilling und Stadträte 22.000 Schilling ihres Einkommens eingebüßt. Auch wurden Doppelabfertigungen gestrichen und Ruhensbestimmungen eingeführt. Die Änderung des Bezügegesetzes bedeutet die Erhöhung des Gehaltes eines Landtagsabgeordneten um 4.000,- Schilling und das eines Bezirksvorstehers um 5.000,- Schilling. Nach der heute zu beschließenden Erhöhung erreichen die Politikergehälter in Wien das Niveau von 1976.

ABSTIMMUNG: Die Änderung des Bezügegesetzes wurde mit den Stimmen der SPö und ÖVP beschlossen. Ende der Sitzung 10.20 Uhr.
(Forts.) lei/bs

NNNN

Hatzl: HBW-Rohre sind völlig sicher

11 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) Energiestadtrat Johann HATZL nahm Mittwoch gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ" zu den am Vortag im Gemeinderat erhobenen Vorwürfen bezüglich der von der mit dem Bau der Wienerbergleitung beauftragten Firma verwendeten Rohre Stellung. Es bestehe bei diesen Rohren keinerlei Sicherheitsrisiko, sagte Hatzl.

Bei den Rohren, die von der aufgrund einer Ausschreibung beauftragten Firma verwendet werden sollten, wurden bereits im April von den HBW anlässlich einer Überprüfung Mängel festgestellt. Es handelte sich um geringfügige Unterschreitungen der DIN-Norm beim Wanddurchmesser, die nur bei spiralgeschweißten Rohren auftreten, während die längsgeschweißten Rohre in Ordnung waren. Daraufhin von den HBW sofort eingeleitete Untersuchungen durch die Versuchsanstalt für Baustoffe und die Technische Versuchs- und Forschungsanstalt ergaben, daß die maximale Unterschreitung bei den 8,8 Millimeter starken Wänden um 0,26 Millimeter jenseits der Toleranzgrenze lag. Wesentlich sei aber, so der Bericht der Versuchsanstalt, die Qualität des verwendeten Material. Diese liegt über dem Durchschnitt, sodaß keinerlei Sicherheitsbedenken bestehen.

Zum Vorwurf, daß die Rohre aus dem Ausland stammten, sagte Hatzl, nach Wissen der HBW gebe es keine österreichische Firma, die Rohre der gewünschten Dimension erzeuge. Es sei daher ungeheuerlich und völlig aus der Luft gegriffen, wenn im Zusammenhang mit den von der Baufirma verwendeten Rohren bei der Wienerbergleitung von Korruption gesprochen werde, schloß Hatzl. (Schluß) roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

9 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) Nach der Landtagssitzung setzte der Wiener Gemeinderat unter dem Vorsitz von GR. Ing. KREINER (ÖVP) die Rechnungsabschlußdebatten mit der Geschäftsgruppe "Umwelt und Bürgerdienst" fort.

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) kritisierte Mehreinnahmen von fast einer Milliarde beim Wasser, beim Müll und beim Kanal. Darüber wäre kein weiteres Wort zu verlieren, hätte man damit das Wasserleitungsnetz saniert. Doch noch immer haben 17.000 Einwohner jenseits der Donau keinen Anschluß ans Wasserleitungsnetz.

Ungeheuerlich ist, daß mit dem wertvollen Hochquellenwasser noch immer Straßen gereinigt werden, und Hochquellenwasser für industrielle Zwecke verwendet wird. Pawkowicz stellte den ANTRAG, rasch ein Nutzwasserkonzept zu erstellen. Wenn größere Industrie- und Gewerbebetriebe mit Grund- und Brunnenwasser versorgt werden, könnten alle Wiener Haushalte mit Hochquellenwasser bedient werden.

In drei weiteren ANTRÄGEN forderte Pawkowicz ein Sanierungskonzept für das Wiener Kanalnetz, schnelle Maßnahmen zur Sanierung des Hohe-Warte-Bades und Unverträglichkeits- oder Umweltbelastungsüberprüfungen in besonders von Verkehr oder von der Industrie betroffenen Wohngebieten.

Für die Mülldeponie Rautenweg verlangte Pawkowicz eine nochmalige Überprüfung des Sanierungskonzeptes. Die angepeilte Lösung mit einer Plastikfolie ist sicherlich keine dauerhafte Möglichkeit.

Aktionen wie die "Baumpatenschaft" oder "Jedem Wiener seinen Baum" wurden zwar groß angekündigt, in der Umsetzung zeigen sich jedoch Schwierigkeiten. So wurden den Bewohnern der Liechtensteinstraße Maßnahmen versprochen, bis heute ist nichts geschehen.

(Forts.) sei/rr

NNNN

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

10 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) StR. FÜRST (ÖVP) kritisierte, daß wegen der Sparmaßnahmen im vorliegenden Budget wichtige Investitionen, wie bei der Trinkwasserversorgung und bei der Verbesserung der Nachrichtentechnik der Feuerwehr, nicht erfolgt seien. Er begrüßte es, daß es im Umweltschutz bei der Mehrheit ein Umdenken gegeben habe, wie z. B. bei der Festlegung der Emissionsgrenzwerte bei den EBS und bei den Wiener Kraftwerken. Mangelhafte Planung habe allerdings dazu geführt, daß die E-Werke noch im vergangenen Jahr ein Grundstück beim Kraftwerk Donaustadt im Wert von 42 Millionen Schilling als Erweiterungsfläche erwarben, während nun dort kein Kraftwerk gebaut wird. Der Verzicht auf diesen unnötigen Ankauf hätte den Wiener Strompreis um 7 Groschen pro Kilowattstunde niedriger halten können.

Als vordringlich bezeichnete Fürst einen Smogalarmplan und einen Maßnahmenkatalog gegen das Waldsterben, ein Müllkonzept unter Einbeziehung der Müllvermeidung, ein Sanierungskonzept für die Trinkwasserversorgung und das Kanalsystem, die Einsetzung eines unabhängigen Umweltanwaltes, den Anschluß aller Haushalte an die öffentliche Trinkwasserversorgung, den Bau einer Nutzwasserleitung, die Sanierung der Deponie Rautenweg, Verbesserungen bei der Mülltrennung und ein Nachstoßen Wiens beim Bund unter anderem in der Frage der Sonderabfalldeponierung. Für eine Zusammenarbeit in der Umweltpolitik sollten die Warnungen seiner Fraktion ernst genommen werden. Von der SPÖ forderte Fürst mehr Kooperationsbereitschaft. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

12 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. RIEDLER (SPö) betonte, daß Wien 1984 maximale Leistungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes vollbracht hat. Das ist ein Verdienst der Stadtregierung und ihrer Mitarbeiter, sagte Riedler, und nicht das der ÖVP, wie StR. FÜRST behauptet hat. Die Erarbeitung von Grenzwerten durch den Arbeitskreis EBS gehören hier ebenso dazu wie die Senkung des SO₂-Gehaltes im Ausstoß der Wiener Kraftwerke auf ein Drittel innerhalb von fünf Jahren. Durch die Gasfeuerung der Kraftwerke gehen darüber hinaus auch die Stickoxyde zurück. Insgesamt wurden in Wien 1984 für den Umweltschutz rund sechs Milliarden Schilling investiert, und kommende Investitionen, wie die Filter für die Müllverbrennungsanlagen, lassen weitere Verbesserungen erwarten. Riedler sagte, er vermisse vielfach - etwa in der Verpackungsfrage und beim Katalysator - das Engagement der ÖVP in Umweltfragen, wo es um Interessen der Wirtschaft geht. Schließlich wies Riedler auf den Wert des Mülls als Energieträger hin. Durch die thermische Müllverwertung kann Heizöl eingespart werden. Für die Zukunft forderte Riedler nach der Reparaturphase auf dem Umweltsektor ein umweltbewußtes Handeln in allen Planungsfragen, wie es jetzt schon die Stadt Wien in bezug auf die Staustufe Wien zeigt. (Forts.)
gab/rr

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

13 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) Bereits seit langem deponierte Forderungen der Wiener ÖVP faßte GR. Univ.-Prof. Dr. WELAN (ÖVP) in seinem Debattenbeitrag zusammen. In bezug auf den Umweltschutz und die Umweltvorsorge, aber auch in bezug auf gesamtökologische Ziele der Kommunalpolitik habe Wien die Chance, als Stadt der "grünen Vielfalt" anderen europäischen Städten ein Beispiel zu sein. Dazu seien aber, listete Welan auf, folgende Forderungen zu realisieren:

- o Mehr Recht der Bezirke und Bürger in bezug auf den Umweltschutz,
- o verstärkte Zusammenarbeit mit Natur- und Umweltschutzorganisationen und Wissenschaftlern,
- o eine "Umweltbilanz",
- o Umweltverträglichkeitsprüfungen sowie ein Umweltschutzanwalt für Wien,
- o die personelle Erweiterung oder Umschichtung der mit dem Umweltschutz befaßten städtischen Dienststellen,
- o eine Erweiterung beziehungsweise Veränderung des Umweltvetos,
- o die Einrichtung eines Umweltschutzfonds für Klein- und Mittelbetriebe,
- o eine unabhängige "Umweltkontrollstelle".

Man müsse, was die Umwelt- und Grünpolitik in Wien betreffe, schloß Welan, von sektoralen zu übergreifenden Maßnahmen kommen, von einem punktuellen zu einem alle Bereiche des Stadtlebens umfassenden Umweltschutz. (Forts.) jel/bs

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

14 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) GR. NUSSBAUM (SPö) befaßte sich mit den Leistungen der Magistratsabteilungen der Geschäftsgruppe. Das im Dezember 1982 eingeführte Salzstreuverbot hat sich gut bewährt und als richtige Maßnahme erwiesen. Im vergangenen Winter mußten fast 200.000 Kubikmeter Schnee aus Wiens Straßen entfernt werden. Es ist notwendig, daß das Umweltbewußtsein in der Bevölkerung noch wesentlich gefördert wird. Die Probenziehungen des Chemiereferates der MA 30 haben in 143 Fällen Überschreitungen der Grenzwerte ergeben.

Von den Wasserwerken wurden 1984 34 Kilometer Rohrleitungen neu verlegt und 37 Kilometer Leitungen ausgewechselt. Nussbaum begrüßte auch die Bereitstellung von 147 Millionen Schilling für eine neue Kommunikationsanlage der Feuerwehr, die dann über das modernste Kommunikationsnetz Europas verfügen wird.

Von den Mitarbeitern des Stadtgartenamtes wurden im vergangenen Jahr 2.000 öffentliche Gartenanlagen, 830.000 Quadratmeter Lagerwiesen, und 47.000 Alleebäume betreut. Dies ist ein wesentlicher Beitrag dazu, daß sich die Bewohner und Gäste unserer Stadt wohlfühlen. (Forts.) lei/ko

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

15 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) Vom Versprechen des Bürgermeisters "Vorsorge als Versicherung" ist in der Wasserversorgung nichts zu erkennen, erklärte GR. Dr. NEUBERT (ÖVP). Wiens Wasserversorgung ist gefährdet, das Wasserleitungsnetz sanierungsbedürftig. Die für die Sanierung notwendigen 800 Millionen stehen nicht zur Verfügung.

Auch an der Oberfläche wurde dem Wiener Wasser viel Schaden zugefügt. Bäche wurden verbetoniert, Uferlandschaften zerstört. Neubert forderte in einem ANTRAG die naturnahe Ausgestaltung der Wiener Fließgewässer. Schlechte Beispiele sind die Verbauung des Liesingbaches und der Schwechat. Neue Vorstellungen wären zu entwickeln.

Das Wiener Kanalnetz befindet sich in einem katastrophalen Zustand. In weiten Bereichen kann eine hygienische Abwasserbeseitigung nicht mehr gewährleistet werden. Die Wahrheit zu sagen und rasch zu handeln, das wäre im Sinne der Bürger. In einem zweiten ANTRAG forderte Dr. Neubert einen Zeit- und Finanzierungsplan für die Sanierung des Wiener Wasser- und Kanalsystems. Die Kosten sind mit rund 8,5 Milliarden zwar bekannt, jedoch sind weder im Budget 1985 noch im fünfjährigen Finanz- und Investplan entsprechende Mittel vorgesehen. (Forts.) sei/gg

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

18 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat BRAUN (SPÖ) bekräftigte einleitend die permanente Bereitschaft über alle Angelegenheiten seines Ressorts Auskunft zu erteilen. Er stehe auch dazu, neue Erkenntnisse den Entscheidungen zugrundezulegen. Zur Deponie Rautenweg erläuterte Stadtrat Braun die verschiedenen in Betracht gezogenen Varianten und betonte insbesondere, daß die lange Haltbarkeit technischer Einrichtungen eines der wichtigsten Kriterien für die Entscheidungsfindung sei. Zahlreiche durchgeführte Untersuchungen hätten jedenfalls gezeigt, daß die Deponie in keiner Form eine akute Belastung bewirke.

Zum Vergleich der Bauzeiten für I., II. und III. Wasserleitung erläuterte Braun, daß die III. Wasserleitung eine Bauzeit von sechs Jahren erforderte, seither schwelt jedoch zehn Jahre lang ein rechtlicher Streit, unter anderem auch deshalb, weil sich weit von der Entnahmestelle befindliche Grundbesitzer im Wasserrecht beeinträchtigt fühlen. Die Statistik beweise, daß die Versickerungen und Gebrechenzahlen zurückgehen, die Ausnutzung des Wasserangebotes steige daher. Trotzdem solle noch mehr für Kanal- und Wasserleitungen getan werden, wie sich dies auch aus dem Wasserbericht 2000 ablesen lasse.

Den von einem Debattenredner geforderten Bau einer Nutzwasserleitung für alle Haushalte bezeichnete Braun als unrealistisch, weil dies Kosten wie für den kompletten Neubau der Wasserversorgungseinrichtungen bedeuten würde. Grundwasser sei keinesfalls gleichbedeutend mit (geringerwertigem) Nutzwasser, führte Braun weiter aus. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

19 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) Zum Hohe-Warte-Bad erklärte Braun, daß es auf die Dauer nicht erhalten werden könnte und daher auch nicht im Bäderkonzept enthalten sei. Die Baumpatenschaft habe sich hervorragend bewährt. Nun würden auch die Alleen systematisch betreut und nicht nur erhalten, sondern auch verbessert. Der naturnahe Wasserbau, der gefordert worden war, findet derzeit, so Braun, bei der Liesingbachsanierung Anwendung und wird auch bei künftigen Renovierungsarbeiten an anderen Gerinnen eingesetzt werden. Das Müllkonzept mit den neuen Schwerpunkten Müllvermeidung, Müllsortierung, Wiederverwertung, Verbrennung und Deponierung wird im Herbst vorliegen. Zur Schaffung der Voraussetzungen für einen Smogalarmplan sei die Akademie der Wissenschaften beauftragt worden, Grenzwerte vorzulegen. Die Ergebnisse liegen jedoch noch nicht vor. Tatsache sei jedenfalls, daß die vorläufig für Wien geltenden strengen bundesdeutschen Grenzwerte bisher lediglich zu maximal 10 Prozent erreicht wurden. Hinsichtlich der EBS sei ein eigener EBS-Ausschuß und zusätzlich nun auch ein Beamtenausschuß zur Erstellung von Sanierungskonzepten beauftragt worden, und entsprechend dem Wunsch der ÖVP sind in diesen Gremien auch Vertreter der Akademie der Wissenschaften und der Rektorenkonferenz eingebunden. Vergangene Woche seien erstmals brauchbare Unterlagen der DoKW über die Donaustaustufe Wien vorgelegt worden. Braun kündigte eine ehestmögliche Information der Bevölkerung an. Zur Entscheidungsfindung bediene sich die Stadt Wien auch zahlreicher wissenschaftlichen Institute und Professoren, betonte Braun.
(Forts.) and/rr

NNNN

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

20 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. ENGELMAYER (ÖVP)

beschäftigte sich in seiner Wortmeldung mit dem Presse- und Informationsdienst und kritisierte, daß der PID ein viel zu teures Instrument der Informationsüberflutung sei. Engelmayer brachte eine Reihe von Beschlüßanträgen ein, die sich mit dem PID beschäftigen:

1. Um den PID aus der sachfremden Kompetenz der Geschäftsgruppe für Umweltschutz herauszulösen, soll er künftig der Magistratsdirektion unterstellt werden.
2. Da der PID eine ressortübergreifende Dienstleistungsabteilung ist und damit Betriebscharakter hat, soll er in Zukunft betriebsmäßig veranschlagt und verrechnet werden.
3. Da nicht alle Publikationen des PID im Zusammenhang mit der Informationspflicht der Stadt Wien stehen, soll die Anzahl der betreffenden Druckerzeugnisse vermindert und damit Kosten gesenkt werden.
4. Da die Verrechnung von Inserateneinnahmen im Bereich der Stadt Wien verschieden gehandhabt wird, soll das Kontrollamt beauftragt werden, diese Inseratengeschäfte zu überprüfen.
5. Da wiederkehrende Druckaufträge der Stadt Wien in Millionenhöhe ohne Ausschreibung immer wieder an dieselben Kontrahenten vergeben werden, was zum Nachteil der Stadt Wien sein könnte, sollen wiederkehrende Druck- und Verlagsaufträge der Stadt mit Jahreskosten von über 500.000 Schilling alle fünf Jahre neu ausgeschrieben werden.
6. Um die Kosten für den "Tag der offenen Tür" zu senken, sollen in diesem Rahmen Informationen über kommunale Belange das Hauptgewicht haben und alle Aufwendungen für den "Tag der offenen Tür" detailliert ausgewiesen werden. 1985 sollen die Kosten für den "Tag der offenen Tür" um 10 Prozent gesenkt werden.

(Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

21 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) Man dürfe über die Information der

Wiener Bevölkerung nicht nur theoretisieren, replizierte Stadtrat BRAUN (SPÖ), sondern müsse sie auch praktizieren. Ein Beweis dafür, daß Informationsveranstaltungen wie der "Tag der offenen Tür" von der Wiener Bevölkerung gewünscht und unterstützt würden, seien die Besucherzahlen. Information sei die wichtigste Aufgabe der Kommune, wenn die Mitarbeit der Bevölkerung an der Gestaltung der Stadt erwünscht ist. Zur Verrechnung der Inserateneinnahmen sagte Braun, daß die Gesamtgestehungskosten von "Wien-aktuell-Wochenblatt" rund 20 Millionen Schilling betragen, 10 davon würden über Inserate finanziert. Die Arbeit des Presse- und Informationsdienstes geschehe im Interesse der Stadt und habe keinen parteipolitischen Hintergrund, schloß Braun. (Forts.) jel/rr

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Abstimmung

22 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) Der Rechnungsabschluß für das Jahr 1984 wurde mit den Stimmen der SPö angenommen, das Inventar mit den Stimmen der SPö und FPö. Im Verlauf der Debatte brachte die öVP 30 Anträge ein, von denen 21 den zuständigen Ausschüssen zugewiesen wurden. Neun Anträge der öVP wurden mit Stimmenmehrheit abgelehnt. Sieben Anträge der FPö wurden ebenfalls den zuständigen Ausschüssen zugewiesen. (Forts.) lei/gg

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Rechnungsabschluß Wiener Stadtwerke

23 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener Stadtwerke schlossen 1984 zum fünften Mal in ihrer Geschichte mit einem Gewinn ab, erklärte StR. HATZL (SPö) in seiner einleitenden Rede zur Debatte über den Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke. Der Gewinn von 35 Millionen wäre allerdings ohne den Zuschuß der Hoheitsverwaltung nicht möglich gewesen. Am günstigen Ergebnis hatten auch Sparsamkeit sowie Mehrerträge aus der Tarifregulierung bei den Verkehrsbetrieben Anteil. Mit Investitionen von 2,3 Milliarden sicherten die Wiener Stadtwerke Arbeitsplätze der Wiener und der österreichischen Wirtschaft.

Die Teilunternehmungen der Stadtwerke bilanzierten unterschiedlich. Gewinne gab es bei den E-Werken, den Gaswerken und bei der städtischen Bestattung, die Verkehrsbetriebe hatten einen Verlust von 206 Millionen. Trotz eines Fahrgastzuwachses von drei Prozent und trotz der Tarifregulierung sind die Verkehrsbetriebe weit davon entfernt, mit ihren Einnahmen allein die Personalkosten decken zu können. Die Gewinne der E-Werke von 227 Millionen und der Gaswerke von 13 Millionen reichen nicht aus, um die künftigen E-Werk-Investitionen finanzieren und die in der Zwischenzeit beim Gas eingetretenen Preiserhöhungen wettmachen zu können.

Beim Bau der neuen U-Bahn-Linien U 3 und U 6 erfolgte, so Hatzl, die Bauführung im großen und ganzen klaglos. Auch der Terminplan konnte im wesentlichen eingehalten werden. 1993 wird Wien über fünf U-Bahn-Linien mit einem Streckennetz von 56 Kilometern verfügen.

Die Wiener E-Werke starten eine große Umweltoffensive. Ziel sind die Senkung der Emissionen von Schadstoffen und Maßnahmen zum Energiesparen. Wien wird nach Abschluß dieser Offensive über die umweltfreundlichsten kalorischen Kraftwerke Österreichs verfügen, betonte Hatzl. (Forts.) sei/rr

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Rechnungsabschluß Wiener Stadtwerke

24 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) Zu den Dienstag abend in der Debatte erhobenen Vorwürfen von GR. CVETKOVIC (öVP) erklärte StR. HATZL, er halte diese Vorgangsweise für unwürdig und ungeheuerlich. Cventkovic hat, ohne sich bei ihm zu informieren und daraus Schlüsse zu ziehen, die Vorwürfe im Wiener Gemeinderat erhoben. Zur Sache selbst erklärte Hatzl, daß eine Überprüfung der spiralgeschweißten Rohre eine geringfügige, punktuelle Unterschreitung bei der Wandstärke ergab, dafür die Qualität des verwendeten Materials höher als vorgeschrieben war. Die technische Prüfanstalt für Baustoffe und die technische Universität Wien haben in einem Gutachten keinerlei Bedenken ausgesprochen, diese Rohre zu verwenden. Die Rohre wurden deshalb bei einer ungarischen Firma bestellt, weil sie in Österreich nicht erzeugt werden. Nachdem sich der Sachverhalt so darstelle, wäre eigentlich eine Erklärung des Gemeinderates Cvetkovic zu seiner gestrigen Stellungnahme fällig, betonte Hatzl. (Forts.) sei/gg

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Rechnungsabschluß Wiener Stadtwerke

25 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) kritisierte, daß der Baufortschritt bei der U-Bahn nicht mit den Erwartungen schritthält. Planungsfehler und Bauverzögerungen führten dazu, daß Geldmittel von über 600 Millionen Schilling nicht verbaut wurden. Gleichzeitig steht noch immer der Bau der seit langem versprochenen und dringend benötigten U-Bahn-Stationen Rampengasse und Reinprechtsdorfer Straße an. Pawkowicz brachte daher einen entsprechenden BESCHLUSSANTRAG ein, mit dem Bau dieser beiden Stationen unter Verwendung der durch die Bauverzögerung entstandenen Sonderrücklagen sofort zu beginnen.

Mit einem weiteren ANTRAG forderte Pawkowicz den Versuch einer generellen Betriebszeitenverlängerung bei den öffentlichen Verkehrsmitteln während der Sommerzeit. Damit soll dem reichhaltigen Kultur- und Freizeitangebot in Wien Rechnung getragen werden.

(Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Rechnungsabschluß Wiener Stadtwerke

26 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) GR. STRATIL (ÖVP) befaßte sich mit den Sozialtarifen bei den Verkehrsbetrieben. Seine Fraktion wolle die Sozialtarife selbst nicht angreifen, ihre Bedeckung wäre jedoch eher Sache der Hoheitsverwaltung als des Verkehrsunternehmens. In einem ANTRAG verlangt die ÖVP, die Bilanzen der Teilunternehmen der Stadtwerke gemeinsam mit dem Rechnungsabschluß dem Gemeinderat vorzulegen. Überdies sollten laut Stratil die Transferzahlungen von den E-Werken zu den Verkehrsbetrieben und jene von der Hoheitsverwaltung zu den Verkehrsbetrieben gesondert ausgewiesen werden. Grundsätzlich vertrat Stratil die Ansicht, die Tarife seien zu hoch. (Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Rechnungsabschluß Wiener Stadtwerke

27 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) Er sehe keinen Grund für eine von der ÖVP geforderte Änderung des Unternehmenskonzeptes der Wiener Stadtwerke, erklärte GR. FREINBERGER (SPÖ), da die Unternehmenspolitik außerordentlich erfolgreich sei.

Die E-Werke hätten 1984 52 Prozent des Strombedarfes durch Eigenaufbringung abgedeckt, den Rest durch Fremdstrombezug. Gegenüber 1983 sei der Gesamtstrombedarf Wiens aufgrund des strengen Winters und des Wirtschaftswachstums um 4,8 Prozent gestiegen. Auch die Gaswerke haben 1984 außerordentlich erfolgreich gewirtschaftet. (Forts.) je/gg

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Rechnungsabschluß Wiener Stadtwerke

28 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) Die Rücklagen für den U-Bahn-Bau betragen inzwischen mehr als eine Milliarde Schilling, erklärte Dipl.-Ing. REGLER (ÖVP). Gründe, warum dieses Geld nicht verbaut werden konnte, sind Schwierigkeiten beim Grundstücksankauf, aber auch die Einsparung wesentlicher Beträge durch billigere Bautechnik und günstigere Preise, die durch die Ausschreibungen erzielt wurden. Regler forderte deshalb, daß bei künftigen Bauvorhaben früher mit der Planung begonnen wird. Es wäre auch günstig, wenn statt der Rücklagenbildung das Geld in baureife Ersatzprojekte investiert wird und auf diese Weise der Wirtschaft zugute käme.

Regler begrüßte die für die Mariahilfer Straße gewählte Stockbauweise für die U 3. Die Vorteile dieser Bauweise überwiegen bei weitem die Nachteile, die in Kauf genommen werden müssen. Es sei auch positiv, daß bereits jetzt mit den Planungsarbeiten für die Verlängerung der U 6 und der U 3 begonnen wurde. Regler erinnerte auch an die noch fehlenden Aufzüge in den Stationen der U 4 sowie an den Ausbau von Park-and-Ride-Parkplätzen. (Forts.) lei/rr

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Rechnungsabschluß Wiener Stadtwerke

29 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) Das bei den Stadtwerken erzielte Ergebnis konnte nur durch größte Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit erreicht werden, erklärte GR. KOPFENSTEINER (SPÖ). Trotz größter Sparsamkeit müssen jedoch die Verkehrsbetriebe mit Verlust arbeiten, weil das Liniennetz ständig ausgeweitet wird und weil die Verkehrsbetriebe verschiedenen Personengruppen hohe Rabatte gewähren.

Als Beispiele führte Kopfensteiner die beträchtliche Verringerung der Überstunden und das Zurückdrängen der Schwarzfahrer an. Gab es früher fallweise einen Schwarzfahreranteil bis zu 15 Prozent, so konnte dieser auf 1,2 Prozent herabgedrückt werden.

Eine der wesentlichsten Verbesserungen im Vorjahr war die Schaffung des Verkehrsverbundes Ost-Region. Er bringt vor allem Vorteile für die Pendler. Als nächsten großen Schritt forderte Kopfensteiner die Ausdehnung des Verkehrsverbundes auf alle Autobuslinien in Niederösterreich und Burgenland. (Forts.) sei/gg

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Rechnungsabschluß Wiener Stadtwerke

30 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) StR. HATZL (SPÖ) ging in seinem Schlußwort auf die Ausführungen seiner Vorredner ein. Hatzl räumte ein, daß es durch Abhängigkeit von Grundstückstransaktionen, für die auch die Rechtsvoraussetzungen nicht optimal sind, und vom Planungsvorlauf zu Bauverzögerungen im U-Bahn-Bau kommen kann. Die Rücklagen sind jedoch zum Teil auch das Ergebnis von Verhandlungen und Variantenentscheidungen, die große Einsparungen gebracht haben. Die Vergabep Praxis der U-Bahn-Arbeiten ist in ihrer jetzigen Form die beste Regelung. Die Station Reinprechtsdorfer Straße soll gebaut werden, nachdem die Finanzierung mit dem Bund ausgehandelt ist und die anderen Baustellen auf die U 4 - Stationen Landstraße und Längenfeldgasse - fertiggestellt sind. Der Bau der Station Rampengasse erscheint nicht vordringlich, da in unmittelbarer Nähe die Kreuzungsstation U 6 - U 4 entstehen soll. Hatzl wies daraufhin, daß die Stadt Wien mit 3,2 Milliarden im Jahr 1984 einen wichtigen Beitrag zur Gebarung der Wiener Stadtwerke leistet. Als finanzielles Ziel bei den Verkehrsbetrieben nannte Hatzl die Deckung der Personalkosten durch die Einnahmen. Hatzl verwies auf die Schaffung von sechs neuen Autobuslinien und auf die Verdichtung und die längeren Betriebszeiten weiterer Linien. Das Beschleunigungsprogramm der Verkehrsbetriebe muß in Abstimmung mit den Bezirken und den Interessengruppen erstellt werden und erfährt dadurch manchmal auch Verzögerungen. Trotzdem sind auch auf diesem Gebiet wichtige Leistungen erfolgt.

ABSTIMMUNG: Der Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen. Je zwei Anträge der ÖVP und der FPÖ wurden einstimmig dem Ausschuß Verkehr und Energie zugewiesen. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Kontrollamtsbericht

31 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) Kontrollausschußvorsitzender GR. Dr. HIRNSCHALL (FPö) legte den Kontrollamtsbericht 1984 zur Kenntnisnahme vor. Er enthält 287 Beiträge über Kontrollen im Bereich des Magistrats, der Stadtwerke, der Holding und ihrer Gesellschaften, aber auch anderer Institutionen, die Förderungsmittel der Stadt Wien erhalten. Der Kontrollausschuß habe fünfmal von seinem Recht Gebrauch gemacht, vom Kontrollamt Sonderprüfungen zu verlangen. Darin ging es um die effiziente Kontrolle des geförderten Wohnbaus, die Sicherheitsüberprüfung des Stadions, die Klärschlammausleitung in den Donaukanal, Service und Leitungsbau der Heizbetriebe und die Verwendung von gefährlichem Altöl zur Beheizung von Wohnhausanlagen der GESIBA. Es gab auch eine Prüfung der EBS, die gefährliches Altöl verbrannte und dafür bezahlte, statt Vernichtungsgebühren zu verlangen. In Simmering wurde die Effektivität der Überprüfung gefährlicher Betriebe durch Magistratsdienststellen überprüft und dabei festgestellt, daß der vorgeschriebene Prüfrhythmus teilweise beträchtlich überschritten wurde. Bemängelt wurde vom Kontrollamt teilweise der Einkauf durch das städtische Beschaffungsamt, die Ausschreibung und Vergabe von Arbeiten für Verkehrsleiteneinrichtungen und die Vergabe von Bauleistungen für die U-Bahn-Station Hütteldorf. Alarmierend sei der Bericht über die Grundstückstransaktionen im Erdberger Mais, sagte Hirnschall, wo die Stadt Wien Flächen zur Betriebsansiedlung abgab, die jedoch nicht zweckentsprechend verwendet wurden. (Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Kontrollamtsbericht

32 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) Es sehe im Bericht des Kontrollamtes, betonte GR. Dipl.-Ing. PAWKOWICZ (FPö), keine allgemeine Kritik an der städtischen Verwaltung. In vielen Fällen falle die Kritik des Kontrollamtes auf fruchtbaren Boden wie z.B. bei den Wiener Stadtwerken, im Falle der Reservedienstkraftwagen, die auf Urgenz des Kontrollamtes verkauft wurden. Für die Probleme im 2. Bezirk, die im Zusammenhang mit dem fehlenden Kanalnetz für die Wohnhausanlage Stammersdorfer Straße stehen, schlage er, Pawkowicz, vor, die vom Budget 1984 aus dem Umweltbereich übrig gebliebenen 36 Millionen Schilling dazu zu verwenden, dort schnellstens Kanalisationsarbeiten durchzuführen. Auch im Falle der Kontrolle im Rahmen von Instandsetzungsarbeiten der Wiener Kammeroper habe die Prüfung des Kontrollamtes Erfolge erbracht. (Forts.) je/bs

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Kontrollamtsbericht

33 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. WORM (ÖVP) bezeichnete den Kontrollamtsbericht über das Jahr 1984 als ein "Buch der offenen Hand", was im Sinne von "freigiebig sein" zu verstehen sei. Auf 400 Seiten werden zahlreiche Mängel in den verschiedensten Bereichen der Stadtverwaltung aufgezeigt. Worm bestätigte den Mitarbeitern des Kontrollamtes, daß sie ein gewaltiges Arbeitspensum geleistet haben.

Worm kritisierte unter anderem, daß die MA 30 die Abrechnungen mit dem Wasserwirtschaftsfonds seit Jahren verzögert und dadurch Verluste in Millionenhöhe verursacht. Beim Neubau der U-Bahn-Station Hütteldorfer Straße mußten ebenfalls grobe Verfehlungen bei der Ausschreibung und Abrechnung festgestellt werden.

Von der MD-ADV werden jährlich eine große Anzahl neuer Geräte von verschiedenen Herstellerfirmen in Millionenhöhe angekauft. Über die Auswahl und Kombination der Geräte und über die Erstellung der Soft-Ware-Programme gibt es widersprüchliche Aussagen von Fachleuten. Worm stellte daher den ANTRAG, daß das Kontrollamt die Gebarung der ADV im Bereich der Gemeinde Wien unter Beiziehung außenstehender Experten auf Zweckmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit überprüft.

Trotz der Erklärung von StR. HATZL über die Rohrverlegungen der Heizbetriebe Wien auf dem Wienerberg stellte Worm den ANTRAG, daß das Kontrollamt eine Sicherheitsprüfung und eine Überprüfung auf Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit durchführt. (Forts.) lei/rr

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Kontrollamtsbericht

34 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Prof. WIESINGER (SPÖ) hob die sachliche Zusammenarbeit im Kontrollausschuß hervor. Die SPÖ hat fast allen Anträgen auf eine Überprüfung zugestimmt. Nur dort, wo man das Gefühl hatte, die Anträge seien politisch motiviert, habe man "nein" gesagt. Die Neueinführung von gemeinsamen Pressekonferenzen war eine gute Gelegenheit, den Standpunkt der Fraktionen darzulegen und durch Information um Verständnis für die Tätigkeit des Kontrollausschusses zu werben.

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) betonte in seinem Schlußwort als Berichterstatter, man handle nicht aus Freude an Kritik, sondern verspreche sich von der Arbeit eine vorbeugende Wirkung.

ABSTIMMUNG: Der Kontrollamtsbericht wurde einstimmig zur Kenntnis genommen. Die zwei in der Debatte gestellten Anträge wurden dem Kontrollausschuß zur Behandlung zugewiesen. (Forts.) sei/gg

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Grundstücksankauf

35 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) Vorsitzender GR. WIESINGER (SPö) eröffnete anschließend die 2. Sitzung des Gemeinderates.

GR. HENGELMÜLLER (SPö) beantragte den Ankauf eines Grundstückes im 3. Bezirk für den Ausbau der U 3.

GR. Dr. GOLLER (öVP) kritisierte, daß dieser Ankauf - 3,1 Millionen Schilling für 650 Quadratmeter - viel zu teuer sei. Als Ursache führte Goller zu spät eingeleitete Verkaufsverhandlungen an, außerdem gebe es irreführende Vergleichszahlen.

GR. SEVCIK (SPö) entgegnete, daß der Ankaufspreis die Ablöse für den Baubestand des Grundstückes und die Übersiedlungskosten für die Grundstückseigner enthalte. Die ursprünglich geforderte Summe von 3,5 Millionen Schilling konnte nach einem Gutachten der MA 40, die einen Verkehrswert von 2,8 Millionen feststellte, auf den noch vertretbaren Preis von 3,1 Millionen gedrückt werden.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPö angenommen. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Subvention für Eisring-Süd

36 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) GR. WIMMER (SPö) beantragte 7,5 Millionen Schilling als Subvention für den ASKö zur Errichtung einer Eissporthalle auf dem Eisring Süd.

GR. ARTHOLD (öVP) sagte, die öVP sei schon immer gegen Größe und Standort dieser Eissporthalle gewesen. Nach Meinung von Arthold hätte sich eine Verwendung des Laaer-Berg-Bades während der Wintermonate als bessere Alternative angeboten.

GR. STRANGL (SPö) verwies darauf, daß das Wintertauglichmachen die gleichen Kosten verursacht wie ein Neubau. Der Eisring-Süd wird immer beliebter, durch den Ausbau ergeben sich mehr Sport- und Trainingsmöglichkeiten, es werden Stockschießeinrichtungen geschaffen und die Umkleidemöglichkeiten verbessert. Der ASKö beteiligt sich an den Ausbaukosten, und der laufende Betrieb wird aus den Einnahmen gedeckt.

GR. WIMMER (SPö) sagte in seinem Schlußwort, der Standort diene der Versorgung des Südens und Südostens von Wien.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPö angenommen. (Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Wohnhäuserverwaltung durch die GESIBA

37 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Rosa HEINZ (SPö) beantragte die Übertragung der städtischen Wohnhausanlagen - 17, Ottakringer Straße 7 - Hernalser Gürtel 23, 20, Dresdner Straße 1-5 (1. Bauteil) und 20, Dresdner Straße 1-5 (3. Bauteil) in die Verwaltung der GESIBA.

Die gesamte Verwaltung der städtischen Wohnhausanlagen in private Hände zu übergeben, würde die öVP unterstützen, erklärte GR. HOTTER (öVP). Bei diesem Antrag handle es sich jedoch um einen Appendix zu der Übergabe verschiedener Wohnhausanlagen, die im Rahmen des Sonderwohnbauprogramms errichtet worden sind, in die Verwaltung der GESIBA. Die Vergaberichtlinien seien nicht gänzlich geklärt.

GR. HAAS (SPö) betonte, daß es sich bei diesen Objekten um Wohnhausanlagen mit einem besonderen Status, was die Finanzierung und die Ausstattung betreffe, handelt. Die Übertragung in die Verwaltung der GESIBA stelle nur eine Möglichkeit in der Vielfalt der organisatorischen Lösungen dar. Sie bedeute keineswegs, daß die Magistratsabteilung 52 ihrer Aufgabe nicht gerecht werde.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPö und FPö angenommen. (Forts.) je/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Flächenwidmung Schafberg

38 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) GR. OBLASSER (SPÖ) beantragte die Aufhebung und Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen Alszeile, Himmelmutterweg, Ruhrhofergasse, Vorortelinie und Grünbeckweg im 17. und 18. Bezirk.

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) legte formellen Protest gegen diesen Akt ein und verlangte dessen Rückstellung, weil die in der Bauordnung vorgesehene Stellungnahme der Bezirksvertretung fehlt. Es liegen lediglich Stellungnahmen der SPÖ-Fraktion und vier Anträge der ÖVP-Fraktion des Bezirkes vor. Weiters kritisierte Hirnschall, daß eine zu große Anzahl von Flächenwidmungsplänen für die heutige Gemeinderatssitzung vorbereitet wurden. Dadurch sei eine genaue Prüfung kaum möglich. Er äußerte den Verdacht, daß dies absichtlich geschehe, um auf diese Weise die Anträge leichter durchzubringen.

Bei der Diskussion mit der Bevölkerung über diesen Flächenwidmungsplan wurden neue Wege beschritten, sagte GR. Dr. PETRIK (ÖVP). Es wurde nicht wie sonst üblich ein fertiger Vorschlag präsentiert, die Bevölkerung war vielmehr von Anfang an in die Diskussion miteinbezogen. Dadurch wurden sehr erfreuliche Ergebnisse und Kompromisse erzielt. Seine Fraktion könne diesem Geschäftsstück trotzdem nicht die Zustimmung geben, weil die MA 31 nicht auf die Widmung eines Grundstückes als öZ-Fläche verzichtet hat, auf dem seit Jahrzehnten eine Gärtnerei betrieben wird. Mögliche Kompromißlösungen seien kategorisch zurückgewiesen worden.

GR. Rosa HEINZ (SPÖ) erklärte, daß es sich bei diesem Grundstück um Eigentum der Gemeinde Wien handelt, und daß die Wasserwerke nicht auf diese Widmung verzichten konnten, weil der Ausbau des dort befindlichen Wasserbehälters in Zukunft nicht auszuschließen ist. Eine Stellungnahme der Bezirksvertretung liege vor.

StR. HOFMANN (SPÖ) erklärte, daß die Häufung der Flächenwidmungsakte durch den Sitzungsrythmus der Bezirksvertretungen und durch die Sommerpause bedingt ist. Den Verdacht von GR. Dr. Hirnschall, daß dies absichtlich geschehe, wies er schärfstens zurück.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (Forts.) lei/gg

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Flächenwidmung im 20. Bezirk

39 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) GR. OBLASSER (SPö) beantragte die Neufestsetzung eines Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes im 20. Bezirk zwischen Wallensteinstraße, Brigittenauer Lände und Nordwestbahnstraße. GR. Dr. HIRNSCHALL (FPö) kritisierte, daß Anregungen des Fachbeirates für Stadtplanung und der Arbeiterkammer nicht berücksichtigt wurden. Auf eine Beschränkung der Hofbebauung wurde verzichtet. GR. HENGELMÜLLER (SPö) erklärte, die Bezirksvertretung des 20. Bezirks habe dem vorliegenden Plan einstimmig zugestimmt.

In seinem Schlußwort als Berichterstatter erklärte GR. Oblasser, es müssen auch die Interessen der Gewerbetreibenden, die schon lange ihren Sitz dort haben, berücksichtigt werden.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPö und öVP angenommen.

(Forts.) sei/bs

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Flächenwidmung Aspern

40 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) GR. HENGELMÜLLER (SPö) beantragte die Neufestsetzung eines Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für Aspern im 22. Bezirk. GR. Dr. HIRNSCHALL (FPö) kritisierte, daß Verbauungsdichten bis zu 70 Prozent erlaubt sind. GR. Ing. SVOBODA (SPö) erklärte, eine 70prozentige Verbauung käme nur im Ortskern und nur für Teile einer Parzelle in Frage. Diese Bestimmung diene der Erhaltung von ansässigen Betrieben. GR. HENGELMÜLLER wies in seinem Schlußwort auf die einstimmigen Beschlüsse im Bezirk hin.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPö und öVP angenommen.

(Forts.) sei/rr

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: Grundstücksankauf

41 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) GR. SEVCIK (SPö) beantragte den Ankauf von Grundstücken im 3. Bezirk zum Bau der Station des U-Bahn-Betriebsbahnhofes Erdberg.

GR. Dr. GÖLLER (öVP) bemängelte das Vorgehen der Stadt Wien bei diesem Grundankauf, das Goller als dilettantisch und als Lizitation auf Kosten der Steuerzahler bezeichnete.

GR. HENGELMÜLLER (SPö) entgegnete, daß die Stadt Wien 1982 der damaligen Eigentümerin 3.000 Schilling pro Quadratmeter hätte zahlen müssen, und nun die Fläche um 2.300 Schilling pro Quadratmeter, also zu einem akzeptablen Preis, erwerben kann.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPö angenommen. (Forts.) gab/rr

Wiener Gemeinderat (31)

Utl.: Flächenwidmung Denzelgründe

42 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. SVOBODA (SPö) beantragte einen neuen Flächenwidmungsplan für ein Gebiet zwischen Gumpendorfer Straße und Linker Wienzeile. Zu diesem Areal gehören die sogenannten Denzelgründe.

GR. Dr. HAWLIK (öVP) kritisierte die geplante Flächenwidmung, weil es nach den Vorstellungen der öVP besser wäre, nicht nur die als Park in Aussicht genommene Grundfläche als Grünland zu widmen, sondern auch die Grundflächen, die der Firma Denzel an der Gumpendorfer Straße gehören, in die Parkgestaltung einzubeziehen.

GR. OBLASSER (SPö) warf der öVP in der Frage des Parks häufigen Meinungswechsel vor und wies darauf hin, daß erst vor kurzem ein öVP-Bezirksrat einem Bauansuchen der Firma Denzel auf diesem Grundstück zugestimmt habe. Im übrigen halte er es für sinnvoller, Realisierbares zu realisieren, statt auf die Erfüllung derzeit unerfüllbarer Wünsche zu warten.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPö angenommen. (Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (32)

Utl.: Flächenwidmungsplan im 14. Bezirk

43 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. SVOBODA (SPö) beantragte die Aufhebung und Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen Schanzstraße, Kendlerstraße, Gablenzgasse, Possingergasse und Johnstraße.

Bei der vollen baulichen Ausnützung des Areals sei zu befürchten, erklärte GR. Dr. HIRNSCHALL (FPö), daß zu kleine Höfe mit zu großen Dunkelzonen entstehen könnten. Die zu erwartende Dichte würde eklatant unter der im Stadtentwicklungsplan (STEP) vorgesehenen liegen.

Die Dichtewerte des STEP seien Durchschnittswerte und könnten nicht auf jeder Parzelle zur Anwendung kommen, erklärte GR. Ing. Svoboda (SPö). Darüber hinaus lege die Bauordnung die einzuhaltenden Richtlinien deutlich fest.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen von SPö und öVP angenommen.

Zwtl.: Flächenwidmungsplan im 10. Bezirk

GR. HAAS (SPö) beantragte die Aufhebung und Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen Bitterlichstraße, Theodor-Sickel-Gasse und der Trasse der Ostbahn im 10. Bezirk.

Es handle sich, erklärte GR. ARIHOLD (öVP), bei dem Projekt Bitterlichstraße um eine Flächenwidmung, gegen die der Bezirksvorsteher Bedenken geäußert habe und über die die Bürger Favoritens nicht ausreichend informiert worden seien. Man habe vier Jahre gebraucht, um aus einem Straßenprojekt auch eine Flächenwidmung zu machen. Darüber hinaus sei der Lärmschutz nicht landschafts- und umweltfreundlich gelöst worden.

Das Projekt Bitterlichstraße, sagte GR. Ing. SVOBODA (SPö), soll von vier auf zwei Spuren unter Bedachtnahme auf den Lärmschutz reduziert werden. (Forts.) je/gg

Wiener Gemeinderat (33)

Utl.: Flächenwidmung im 10. Bezirk

44 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) Man habe mit dieser Einschränkung dem Wunsch der Bezirksvertretung entsprochen, keine Straße zu bauen, die man nicht brauche, betonte GR. SVOBODA.

Es sei unrichtig, erklärte GR. HAAS, daß keine Kontaktnahme mit den Bürgern erfolgt wäre. Die Bewohner von zwei benachbarten Siedlungen hätten ihre Stellungnahme zu diesem Projekt abgegeben.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPö angenommen. (Forts.) je1/rr

Wiener Gemeinderat (34)

Utl.: Umwidmung des Sophienspitals

45 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Ilse FORSTER (SPö) beantragte die Umwidmung des Sophienspitals in ein Pflegeheim.

Die öVP sei grundsätzlich dafür, daß mehr Pflegebetten geschaffen werden, aufgrund des Standortes des Sophienspitals und des Ignorierens der Wünsche der Bevölkerung nach Beibehaltung des Spitalsbetriebes werde sie diesem Antrag jedoch nicht zustimmen, erklärte Stadtrat Maria HAMPEL-FUCHS (öVP).

GR. BROSCHE (SPö) kritisierte, daß die Neubauer Bevölkerung über das künftige Pflegeheim und dessen Einrichtungen nur einseitig und nicht ausreichend informiert wurde.

Stadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPö) erklärte, daß entgegen der Behauptung von StR. Hampel-Fuchs die Planungsarbeiten sehr wohl abgeschlossen sind und daß auch ein Kostenplan erstellt wurde. Da dem Pflegeheim ein geriatrisches Tageszentrum angeschlossen wird, muß es für die alten Menschen leicht erreichbar sein. Daher ist der Standplatz des Sophienspitals ideal, zumal im 7. Bezirk sehr viele alte Menschen wohnen.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPö angenommen. (Forts.) lei/rr

Wiener Gemeinderat (35)

Utl.: Verkauf von Forstprodukten

46 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Maria PAUL (SPö) beantragte, das Forstamt und den Landwirtschaftsbetrieb zum Verkauf verschiedener Forstprodukte zu ermächtigen.

GR. Dr. NEUBERT (öVP) kritisierte die hohen Verluste der Landwirtschaftsbetriebe der Stadt Wien. Diese Betriebe lassen sich einfach nicht mit pragmatisierten Beamten führen. Als besonders schlecht qualifizierte Neubert die Weine des Weingutes Cobenzl. Neubert beantragte, die gesamten Weinbaubetriebe der Stadt Wien an Private zu verpachten.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. Der öVP-Antrag wurde dem Ausschuß Umwelt und Bürgerdienst zugewiesen. (Forts.) sei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (36)

Utl.: Entstickungsanlagen für Kraftwerke

47 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat HATZL (SPö) beantragte den Einbau von Entstickungsanlagen in die Blöcke I und II des Kraftwerkes Donaustadt und die Durchführung von Primärmaßnahmen am Blockkraftwerk 1/2 des Kraftwerkes Simmering zur Senkung der Stickoxidemission. Weiters soll auf dem Gelände des Kraftwerkes Simmering statt der alten Blöcke III, IV und V ein neuer Kraftwerksblock errichtet werden. GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPö) begrüßte diese Maßnahmen und hob hervor, daß sie mit dem Energiekonzept der Bundesregierung übereinstimmen.

GR. Ing. KREINER (öVP) wies darauf hin, daß Wien zwar insgesamt 48 Prozent seiner Energie als Fremdbezug erhält, im Winter jedoch auf sich allein gestellt ist. Er hoffe daher auch aus Umweltgründen auf eine rasche Verwirklichung der angekündigten Maßnahmen. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (37)

Utl.: Entstickungsanlagen für Kraftwerke

48 Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) GR. EDER (SPö) verwies auf die Umweltfreundlichkeit der neuen Anlagen und erklärte, daß bis 1990 mit einem 30prozentigen Stromzuwachs gerechnet werde. Die neuen Anlagen mit größerer Leistungsfähigkeit seien auch wirtschaftlich wichtig und verringern die Abhängigkeit.

In seinem SCHLUSSWORT begrüßte Stadtrat HATZL den breiten Konsens in dieser Angelegenheit.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

Die Gemeinderatssitzung endete Donnerstag um 0.30 Uhr.

(Schluß) and/rr

--- Ende des Sitzungsberichtes ---

NNNN